



NAVIGATOR



SONDERAUSGABE!

*Aktuelles Wissen und Weiterbildungsangebote für eine
erfolgreiche Arbeit der Interessenvertretung*

DEUTSCHLAND NACH DER WAHL:



WAS NUN?

Neue Wahl, neuer Bun-
destag – die Kurzchronik

Lange gefordert, dann
Realität: Finanzpaket
ermöglicht Investitionen

Eine Koalition, ein Vertrag –
mit den Gewerkschaften
könnte es gelingen

Interview mit Michael
Vassiliadis

SONDERAUSGABE!

Liebe Leserin, liebe Leser,

Deutschland hat gewählt und nun liegt ein neues Kapitel vor uns. Nach einer Phase intensiver Auseinandersetzungen, großer Unsicherheit und politischer Umbrüche ist die Bundesregierung nun endlich formiert.

Die vom damaligen Bundeskanzler Olaf Scholz am 16. Dezember 2024 gestellte Vertrauensfrage führte zur Auflösung des Bundestags, ein verfassungsmäßiger Ausnahmefall, der in der Geschichte der Bundesrepublik erst dreimal vorgekommen ist. Es folgten die Neuwahlen am 23. Februar 2025, deren Ergebnis zu spannenden Koalitionsverhandlungen führte. Nun steht die Regierung vor neuen Herausforderungen, hat aber auch die Chance, neue Impulse zu setzen.

Mit dem angekündigten Finanzpaket von 500 Milliarden Euro – zuzüglich eines Sonderfonds von weiteren 100 Milliarden Euro – sind weitreichende Investitionen möglich, die neue Perspektiven für Transformation, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität eröffnen können.

Auch die IGBCE beobachtet die Entwicklungen mit großer Aufmerksamkeit. Im Fokus stehen dabei insbesondere Fragen nach sozialer Gerechtigkeit, industrieller Zukunftsfähigkeit und dem Schutz demokratischer Grundwerte. Was der Vorsitzende der IGBCE Michael Vassiliadis zur aktuellen politischen Lage und zu den Erwartungen an die neue Regierung sagt, erfährst du in der Sonderausgabe des „Navigator“.

Klar ist: Es braucht Haltung, Wissen – und euch. Gerade jetzt sind Betriebsräte, Aufsichtsräte und Interessenvertretungen gefordert, mitzugestalten: mit Engagement, Kompetenz und einem offenen Ohr für die Sorgen der Menschen. Die BWS unterstützt euch dabei mit starken Bildungsangeboten und praxisnahen Impulsen.

Herzliche Grüße

Dein Navigator-Team

Neue Wahl, neuer Bundestag – die Kurzchronik

Von der gescheiterten Vertrauensfrage bis zur Kanzlerwahl: Die Chronik dokumentiert die turbulentesten Monate der Bundesrepublik seit Jahrzehnten – mit einer historischen Wahlbeteiligung, einem erschütterten Parteiensystem und einer Regierung, die unter Hochspannung ins Amt startet. **Seite 4**

© iStock.com/style-photography

Lange gefordert, dann Realität: Finanzpaket ermöglicht Investitionen

Mit breiter Mehrheit beschließt der Bundestag ein historisches Investitionspaket in Höhe von 500 Milliarden Euro – ein überfälliger Schritt, der auf massiven gewerkschaftlichen Druck zurückgeht und zentrale Forderungen der IGBCE erfüllt. **Seite 8**

© stock.adobe.com/tunedin

Eine Koalition, ein Vertrag – mit den Gewerkschaften könnte es gelingen

Unter dem Titel „Verantwortung für Deutschland“ setzt der neue Koalitionsvertrag wirtschaftliche Impulse und stellt soziale Entlastungen in Aussicht – doch die IGBCE mahnt Nachbesserungen und die konsequente Einbindung der Gewerkschaften an. **Seite 10**

© iStock.com/Santje09

Interview mit Michael Vassiliadis: „Die grundlegende Neuausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist vor allem das Ergebnis unserer guten und beständigen gewerkschaftlichen Arbeit.“

Im Gespräch betont der Gewerkschaftschef die gewerkschaftlichen Erfolge in der Koalitionsbildung, kritisiert politische Versäumnisse bei Mindestlohn und Investitionen und warnt vor den sozialen und demokratischen Gefahren eines Erstarkens der AfD – mit einem klaren Aufruf zu Engagement und Solidarität. **Seite 12**

© Stefan Koch



2025

Neue Wahl, neuer Bundestag – die Kurzchronik

Die Schnelllebigkeit dieser Zeit ist immens. So sehr, dass die vorgezogene Bundestagswahl im Februar schon fast in der Erinnerung verblasst. Dabei war und ist sie von historischer Bedeutung für unser Land, für Arbeitnehmer*innen und für Arbeitgeber – sowohl rückblickend als auch für das Hier und Jetzt, in dem die Weichen für unser aller Zukunft gestellt werden. Das zeigt die Kurzchronik mit historischen Geschehnissen.

MITTWOCH, 11.12.2024

Der 9. Bundeskanzler der Bundesrepublik Olaf Scholz stellt seinen Antrag zur Vertrauensfrage im Bundestag. Die Abstimmung der Abgeordneten ergibt das vermutete Resultat: Olaf Scholz bekommt keine Mehrheit. Im Anschluss bittet er Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, das Parlament aufzulösen.

FREITAG, 27.12.2024

Nach Rücksprache mit allen Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien entspricht Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier dem Vorschlag von Scholz und verkündet offiziell den Termin für die Neuwahlen des Bundestags: 23.02.2025. Damit sind noch rund zwei Monate Zeit – für eine bundesdeutsche Wahl sehr knapp. Fristen wie zum Beispiel die für die Briefwahl werden verkürzt, ebenso die Option für

Bundesbürger*innen im Ausland, ihre Stimme abzugeben. Das Nachrichtenkarussell rotiert, leider auch die Falschmeldungen: Es gäbe zu wenig Papier für die Stimmzettel oder zu wenig Wahlhelfer*innen. Beides und vieles andere hält dem Faktencheck nicht stand und bewahrheitet sich entsprechend nicht. Die Wahl findet statt: mit einer der höchsten Wahlbeteiligungen in der Geschichte der Bundesrepublik, mit Rekordzahlen an Wahlhelfer*innen in vielen Wahlkreisen und auch mit ausreichend Stimmzetteln an den Urnen und für die Briefwahl.

JANUAR BIS FEBRUAR 2025

Der Wahlkampf läuft über acht Wochen durchweg in der heißen Phase. TV-Duelle und andere Polit-Formate bestimmen die Medienlandschaft. Umgehend hängen Straßen und Gehwege voll mit Plakaten, auffällig oft

zerstört werden die der gescheiterten Ampel-Koalitionsparteien. Die AfD liegt in Wahlumfragen zeitweise nur knapp hinter der CDU/CSU und klebt selbstbewusst wenige Tage vor der Wahl frische Plakate. Auffällig dabei: Bei vorangegangenen Wahlen hingen die Plakate stets so hoch, dass sie von der Zerstörungswut unerreicht blieben. Jetzt hängen sie auf Augenhöhe.

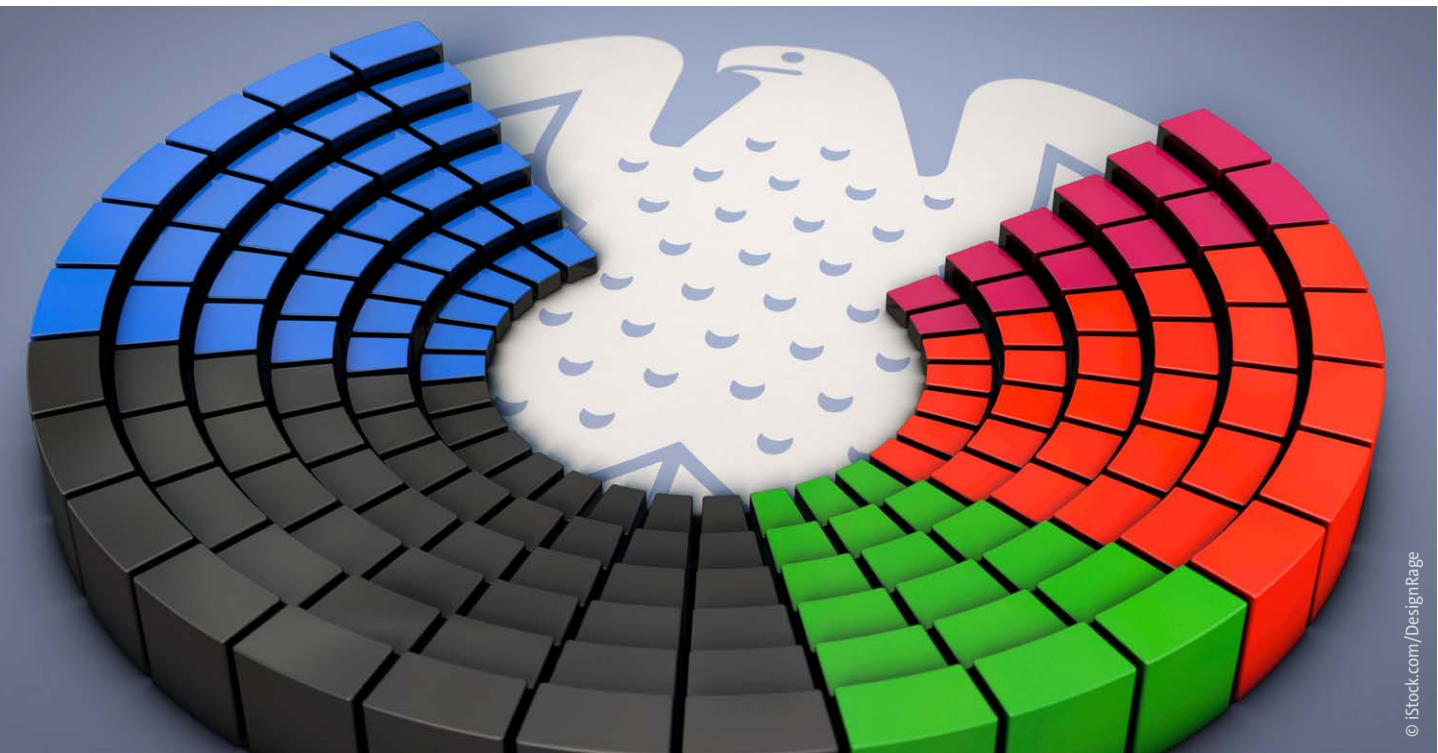
Die Rechten haben Aufwind. Donald Trump und noch verstärkt Elon Musk, der sich auf dem Bundesparteitag der AfD unter großem Jubel zuschalten lässt und Tage zuvor in einer Rede den Hitler-Gruß gezeigt hat, versuchen, Einfluss auf die Wahl zu nehmen und die Wähler*innen zu lenken.

Friedrich Merz will mit einem 5-Punkte-Plan und dem „Zustromverhinderungsgesetz“ von dem Aufwind der Rechten profitieren. Es wird ein historisches Beben im Bundestag. Den Antrag bringt er mithilfe der Stimmen seiner Partei und der FDP sowie mit denen der AfD durch. Ohne die Rechten wäre der Antrag gescheitert.

Die anderen demokratischen Parteien sind entsetzt, ebenso perplex sind Großteile der bundesdeutschen Bevölkerung. Noch nie wurde nach der Zeit von Adolf Hitler und dem Nationalsozialismus eine Entscheidung

mithilfe von Rechten herbeigeführt. Merz nimmt es in Kauf. In Deutschland formieren sich in den Folgetagen Proteste und Demonstrationen gegen diesen Vorgang. Auch deshalb, weil Merz zuvor im Bundestag behauptet hat, niemals gemeinsame Sache mit der AfD zu machen. Der Druck auf den Kanzlerkandidaten der Union wächst. Nicht zuletzt, weil eine Politikerin der Linkspartei, Heidi Reichinnek, in ihrem knapp dreiminütigen Statement nach der Abstimmung im Bundestag Merz die Leviten liest und ihm bescheinigt, mit den Rechts-extremen gemeinsame Sache zu machen, obwohl man zwei Tage zuvor im Bundestag noch der Toten von Auschwitz gedacht hat. Offensichtlich spricht sie nicht wenigen aus der Seele. Die Linkspartei verzeichnet in den Folgetagen ihren höchsten Mitgliederzuwachs, gerade bei jungen Wähler*innen. Später im April ist Heidi Reichinnek (Die Linke) laut Meinungsforschungsinstitut Insa die beliebteste Politikerin Deutschlands. Ihr männliches Pendant ist Boris Pistorius (SPD).

Das „Zustromverhinderungsgesetz“ wird einen Tag später im Bundestag mit knapper Mehrheit abgelehnt.



SONNTAG, 23.02.2025

Die Wahlbeteiligung von 82,5 Prozent ist die höchste seit der Wiedervereinigung. FDP und BSW scheitern an der 5-Prozent-Hürde. Die Grünen verlieren von den Ampel-Parteien mit 3 Prozentpunkten noch am wenigsten. Die SPD muss die größte Schlappe hinnehmen. Sie verliert über 9 Prozent. Klarer Gewinner der Wahl ist die AfD. Sie wird hinter der CDU/CSU die zweitstärkste Kraft im Bundestag. Da die Union aber keine Koalitionsgespräche mit den Rechten führen will, sind SPD und Grüne rechnerisch die einzigen Koalitionsoptionen. Da Teile der Unions-Parteien, allen voran Markus Söder, die Grünen ablehnen, bleibt der Union nur die SPD als möglicher Koalitionspartner.

DIENSTAG, 18.03.2025

Während die Sondierungsgespräche laufen, wird klar, dass Deutschland für den notwendigen Wirtschaftsaufschwung Investitionen in Milliardenhöhe braucht. Dies bedarf der Reform der Schuldenbremse – eine Maßnahme, die von der Ampel-Regierung gefordert, von Friedrich Merz aber immer kategorisch abgelehnt wurde. Nun will er sie selbst.

Die Reform gelingt nur mit einer Zweidrittel-Mehrheit im Bundestag, da die Schuldenbremse im Grundgesetz

verankert ist. Mit den neu gewählten Verhältnissen müssten neben den designierten Koalitionsparteien CDU/CSU und SPD auch die Grünen und die Linken zustimmen – oder die AfD. Eine Zwickmühle. Zum einen wird die SPD nicht mit der AfD abstimmen, zum anderen verhindert bei der CDU/CSU ein „Unvereinbarkeitsbeschluss“ aus dem Jahr 2018 jegliche Zusammenarbeit mit der Partei Die Linke. Also kommt man zu dem Schluss, die notwendige Zweidrittel-Mehrheit noch mithilfe der „alten Regierung“ aus SPD und Grünen und den Stimmen der neuen Regierungspartei CDU/CSU zu stemmen. So kommt es: Mit 512 Ja-Stimmen wird die Reform der Schuldenbremse möglich. Friedrich Merz bekommt von SPD und Grünen das, was er jahrelang selbst der Ampel und der deutschen Wirtschaft versagt hat: ein Investitionspaket.

Nach seiner Zusammenarbeit mit der AfD beim „Zustromverhinderungsgesetz“, die er vorher ebenfalls kategorisch ausgeschlossen hatte, sprechen nicht wenige von einem Glaubwürdigkeitsproblem des designierten Bundeskanzlers.

MONTAG, 05.05.2025

Die Koalitionsparteien haben dem Koalitionsvertrag bereits zugestimmt. Die CSU in einer einfachen Abstimmung, die CDU auf einem kleinen Parteitag, die SPD mit einer Mitgliederbefragung. Am heutigen Montag wird das komplette Kabinett verkündet, es besteht aus acht Ministerinnen und neun Ministern:

Lars Klingbeil (Finanzen und Vizekanzler, SPD)

Bärbel Bas (Arbeit und Soziales, SPD)

Alexander Dobrindt (Inneres, CSU)

Boris Pistorius (Verteidigung, SPD)

Thorsten Frei (Kanzleramt, CDU)

Verena Hubertz (Wohnen, SPD)

Karin Prien (Bildung, CDU)

Karsten Wildberger (Digitales, parteilos)

Nina Warken (Gesundheit, CDU)

Alois Rainer (Landwirtschaft, CSU)

Stefanie Hubig (Justiz, SPD)

Reem Alabali-Radovan (Entwicklung, SPD)

Dorothee Bär (Forschung, CSU)

Johann Wadephul (Außenamt, CDU)

Carsten Schneider (Umwelt, SPD)

Patrick Schnieder (Verkehr, CDU)

Katherina Reiche (Wirtschaft, CDU)

DIENSTAG, 06.05.2025, TEIL 1

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hat es das gegeben: Die Wahl des Bundeskanzlers, eigentlich eine Formalie, scheitert. Rächt sich hier einmal mehr, dass Friedrich Merz sein Wort gebrochen hat? Oder dass er noch nie ein politisches Amt innehatte? Zumindest ist versäumt worden, im Vorfeld der Wahl für die politische Mehrheit zu sorgen, was eigentlich schon zum Einmaleins in der Kommunalpolitik gehört. Insgesamt 18 Abgeordnete aus CDU/CSU und SPD verweigern Merz die Zustimmung. Er fällt krachend mit 310 Ja-Stimmen durch, mindestens 316 hätte er benötigt, 328 Stimmen hat seine Regierungskoalition insgesamt. Die Nichtwahl geht global durch Politik und Nachrichten. Auch deshalb ist im Bundestag Druck auf dem Kessel. Wer die Abweichler sind, ist unklar.

Ein zweiter Wahlgang ist laut Grundgesetz innerhalb von zwei Wochen möglich. Für einen Wahlgang am selben Tag müsste unter anderem die Geschäftsordnung geändert werden. Dafür bräuchte es wieder eine Zweidrittel-Mehrheit. Im neuen Bundestag heißt das: neben den Stimmen der Grünen auch entweder die Stimmen der AfD oder die der Linken. Mithilfe der Rechten will die Union nicht den Weg zur Kanzlerschaft von Merz freimachen, bleiben also die Linken. Aber hier steht ja der „Unvereinbarkeitsbeschluss“ im Weg. Die Grünen sind bereits im Boot. Die Union will Kontakt zu den Linken aufnehmen, aber niemand hat die Telefonnummern von Heidi Reichinnek oder Sören Pellmann, den beiden aktuellen Vorsitzenden. Zum Glück hat Alexander Dobrindt noch die Nummer der ehemaligen Vorsitzenden Janine Wissler in seinem Handy gespeichert. In seiner Person springt die Union erstmals über ihren „Unvereinbarkeitsbeschluss“-Schatten und fragt die Linke, ob sie einer notwendigen Änderung der Geschäftsordnung zustimmen würde. Die Linke sagt zu.

DIENSTAG, 06.05.2025, TEIL 2

Am Nachmittag kommt der Bundestag wieder zusammen. Es folgt der zweite Wahlgang zur Wahl des Bundeskanzlers Friedrich Merz. Im Vorfeld hatten unter anderem die Fraktionsvorsitzenden Lars Klingbeil (SPD) und Jens Spahn (CDU) die Abgeordneten noch einmal an ihre politische Verantwortung erinnert und daran, dass die Bundesrepublik dringend eine handlungsfähige Regierung braucht. Nach 17 Uhr steht das Ergebnis des zweiten Wahlgangs fest: Friedrich Merz ist mit 325 Ja-Stimmen zum 10. Bundeskanzler der Bundesrepublik gewählt worden, neun Stimmen mehr, als er gebraucht hätte, drei Stimmen weniger, als seine Regierungskoalition Stimmen hat.

LOTHAR WIRTZ ■



Lange gefordert, dann Realität: Finanzpaket ermöglicht Investitionen

Die Reform der Schuldenbremse wurde von SPD und Grünen in der alten Ampel-Regierung lange gefordert. Die Blockade von FDP und CDU/CSU, allen voran Bundeskanzler Friedrich Merz, ging auf Kosten von Unternehmen und Arbeitgebern: Sie trieb den Investitionsstau und die Turbulenzen der Industrie auf die Spitze. Nach dem Wahlsieg der CDU/CSU merkte man dort plötzlich, dass die Forderung mehr als begründet war bzw. eine Reform der Schuldenbremse unumgänglich ist. Gut, dass SPD und Grüne nicht nachtragend waren und den Weg frei machten für das notwendige Finanzpaket.

Diese Erkenntnis haben die Verantwortlichen der Unions-Parteien hinsichtlich der Verzögerung nahezu exklusiv. Man kann nur konsterniert feststellen: besser spät als nie. Eine Umfrage unter den IGBCE-Mitgliedern zu Beginn des Jahres zeigte, dass 55 Prozent der Beschäftigten die Hauptverantwortung für die wirtschaftliche Krise bei der Politik und 27 Prozent bei den Arbeitgebern sahen. Nicht zu überhören war, dass die Unternehmen dies gerne anders sahen. Unabhängig von den Meinungsbekundungen war aber allen klar, dass es Investitionen braucht zur Sicherung der Arbeitsplätze und zum Abbau von Wohlstandsverlusten, wie Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IGBCE, seit Monaten immer wieder betonte. Im Januar zitierte das Handelsblatt Vassiliadis. Erneut wies er unnachgiebig auf die hochkritische Lage in der Industrie hin, auf die über 200 Restrukturierungs- und Schließungsvorhaben und auf die über 25.000 gefährdeten Arbeitsplätze, die vor allem in den energieintensiven Betrieben auf der Kippe standen und stehen. Untermauert von dem Fakt, dass die Reallöhne in der chemischen Industrie das Niveau von 2015 erreicht haben.

EIN WECKRUF FÜR DIE POLITIK

Die Weckrufe aus der mit rund 570.000 Mitgliedern bestehenden zweitgrößten Industriegewerkschaft Deutschlands IGBCE bekamen auch durch den Rekordzuwachs von 35.300 neuen Mitgliedern im letzten Jahr zusätzliche Rückendeckung. Rund jede*r zweite Mitarbeiter*in aus den Branchen Bergbau, Chemie und Energie ist damit gewerkschaftlich gemeinschaftlich organisiert. Eine Kraft, an der man nicht ohne Weiteres vorbeikann, auch nicht in der Union. Vor allem dann nicht, wenn die SPD als neuer Koalitionspartner und auch die Grünen zur positiven Entscheidung der Reform einer Schuldenbremse und dem Beschluss eines dringend benötigten Investitionspakets ihr Ja-Wort geben mussten. Was beide Parteien auch taten.

INVESTITIONSPROGRAMM BESCHLOSSENE SACHE

Nach einer entsprechend kontroversen Debatte machte der Bundestag mit seiner Entscheidung von 512 Ja-Stimmen zu 206 Nein-Stimmen den Weg für die dringend notwendigen Investitionen frei. In Kurzform bedeutet der Beschluss: Gelder für die Verteidigung und Sicherheit Deutschlands müssen nur bis zu einer Höhe von 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in der Schulden-

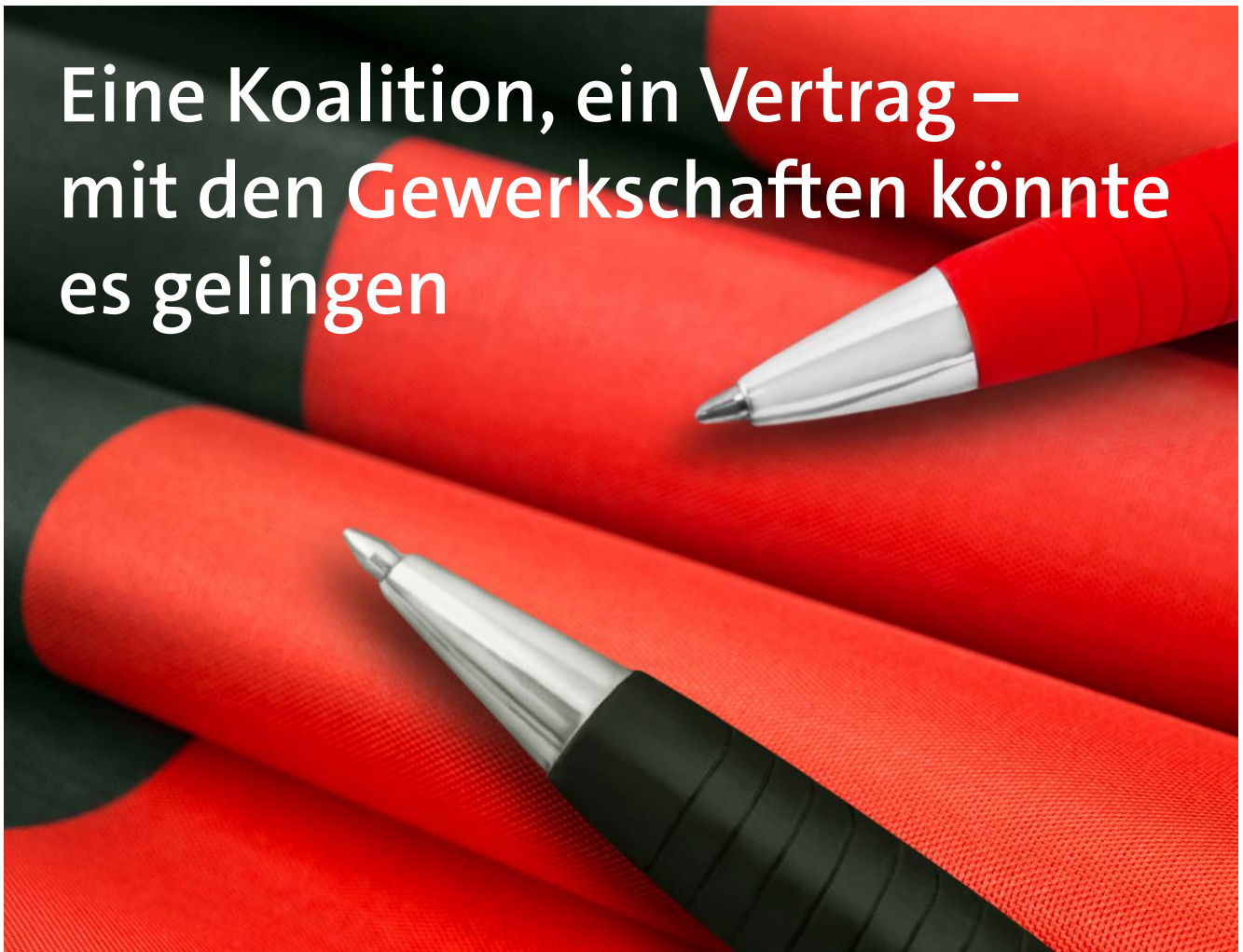
bremse abgebildet werden. Übersteigen die Ausgaben diesen Wert, sind sie von der Deckelung ausgenommen. Zusätzlich wurde mit der Reform ein Sondervermögen in Höhe von bis zu 500 Milliarden Euro ermöglicht, das in den nächsten Jahren in die Infrastruktur der Bundesrepublik investiert werden kann. Außerdem wird die strikte Schuldenregelung für die finanziell immens unter Druck geratenen Bundesländer gelockert. Sie können nun wie der Bund jährlich Kredite bis zu einem Volumen von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufnehmen, um Investitionen zu tätigen. Zudem erhalten die Länder insgesamt aus dem Sondervermögen 100 Milliarden Euro. Die halbe Billion Euro bilden ein Infrastrukturpaket, das so noch nie in der Bundesrepublik beschlossen wurde. Es soll Straßen, Brücken, Schulen, öffentlichen Einrichtungen, Krankenhäusern, Verkehr und mehr zugutekommen.

WIRTSCHAFTLICHER ERFOLG DURCH GUTE ARBEIT

Drei von vier befragten Mitgliedern der IGBCE werten das Finanzpaket als positives Zeichen. Jetzt geht es den Beschäftigten darum, dass Politik und Unternehmen die geplanten Ausgaben und Maßnahmen so auf die Straße bringen, dass sie für die Wirtschaft und die Arbeitnehmerschaft größtmögliche Wirkung entfalten. Dazu Michael Vassiliadis am Tag der Arbeit: „Wir haben jetzt die Chance, wieder zurück in die Spitzengruppe der Industrienationen aufzurücken. Aber dafür brauchen wir mutige Schritte der Unternehmen, die jetzt offensiv in die Modernisierung der heimischen Standorte investieren und sich zu ihren guten Beschäftigten bekennen.“ Erfolg der Unternehmen an einem starken Standort Deutschland ergibt sich eben aus Guter Arbeit für die und von den Belegschaften.

LOTHAR WIRTZ ■

Eine Koalition, ein Vertrag – mit den Gewerkschaften könnte es gelingen



© iStock.com/Santje09

Am 5. Mai war es so weit: Der von allen beteiligten Parteien bewilligte Koalitionsvertrag für die 21. Legislaturperiode wurde unterzeichnet. Unter dem Titel „Verantwortung für Deutschland“ sind auf insgesamt 146 Seiten zahlreiche Maßnahmen aufgeführt, die das Land wieder nach vorne bringen sollen. Die Aufmerksamkeit der Republik war derart hoch, dass unter www.koalitionsvertrag2025.de sogar eine eigene Domain zum Nachlesen bereitgestellt wurde.

Dinge schlecht zu machen, ist das Einfachste auf der Welt. Diesem Satz folgend, haben die Verantwortlichen in den wochenlangen Verhandlungen zum Koalitionsvertrag vieles richtig gemacht. Zwar drangen so gut wie keine Inhalte aus den Arbeitsgruppen an die Öffentlichkeit, dass es harte Verhandlungen auf dem Weg zu den notwendigen Kompromissen waren dann aber doch. Nach Vollendung des Koalitionsvertrags verkündete der zu dem Zeitpunkt noch designierte Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) den Beginn einer starken, handlungsfähigen Regierung, CSU-Chef Markus Söder sprach

im Folgenden von einem „starken Bundeskanzler“, den Deutschland bekäme. Lars Klingbeil (SPD) stellte klar, dass es nicht darum ginge, alles, sondern das Wichtige zu ändern und an den richtigen Stellschrauben zu drehen. Saskia Esken (SPD) sprach von ernsthaften und vertrauensvollen Gesprächen. Die üblichen floskelhaften Aussagen, denen sich kaum etwas Wichtiges entnehmen lässt. Dem Koalitionsvertrag hingegen schon.

TURNAROUND NUR MIT STARKER ARBEIT-NEHMERSCHAFT

Die Inhalte der insgesamt sechs Kapitel sehen die Arbeitnehmer*innen und die Gewerkschaften kritisch, aber optimistisch. Verwirrend ist, dass alle formulierten Maßnahmen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit stehen. Das sollte selbstverständlich sein. Der Fakt aber, dass dies extra von der Regierungskoalition erwähnt wird, trägt die Botschaft, dass das Geld, das dank der Schuldenbremse-Reform in den nächsten Jahren investiert werden kann, nicht freizügig genutzt wird. Vielmehr soll gezielt finanziert werden, um die Wirtschaft anzukurbeln, die Menschen zu entlasten, das Gesundheitssystem zu stärken und ebenso das Klima und anderes. Eine Mammutaufgabe, bei der die Koalition ausdrücklich darauf hinweist, dass durchweg ebenfalls die Konsolidierung des Haushalts im Fokus steht. Dazu beitragen soll unter anderem das Bürokratieentlastungsgesetz, wodurch die entsprechenden Kosten für die Wirtschaft um bis zu 25 Prozent sinken sollen. Obwohl die Frage im Raum steht, ob und wie die formulierten Ziele tatsächlich erreicht werden, verspricht Friedrich Merz für die Industrie „Planungssicherheit, weit über diese Wahlperiode hinaus“. Bleibt zu hoffen, dass er entgegen einiger anderer von ihm getätigten Aussagen zuvor, zum Beispiel zur Abgrenzung zur AfD oder zum Festhalten an der Schuldenbremse, dieses Mal sein Versprechen hält. Das kann gelingen, wenn die Politik auch die Gewerkschaften – wie bereits im Vorfeld und in den Koalitionsverhandlungen wirkungsvoll geschehen – in die Umsetzungen einbezieht. Denn nur mit einer starken Arbeitnehmerschaft ist der Turnaround in Deutschland insgesamt und in den einzelnen Bereichen zu schaffen.

FÜR PRIVATHAUSHALTE UND UNTERNEHMEN

Zu den hier in Auszügen dargelegten Maßnahmen gehört, dass kleine und mittlere Einkommen steuerlich entlastet werden (geplant ab 2027). Die Energiesteuer sowohl für Privathaushalte als auch für Unternehmen soll von 2,05 Cent auf 0,1 Cent sinken. Generell ist beabsichtigt, die Energiepreise auf den geringstmöglichen Mindestwert nach EU-Bestimmung zu minimieren, mindestens aber um 5 Cent. Gleichzeitig sollen eventuell durch den Handel mit Treibhausgas-Zertifikaten mögliche „CO₂-Preissprünge“ verhindert werden. Ge-

plant ist zudem eine Verringerung der Netzentgelte. Für Unternehmen werden höhere Abschreibungen für zukunftsweisende Investitionsprojekte am Standort möglich und ein sogenannter „Abschreibungs-Booster“ wird eingerichtet. Für die Fahrt zum Arbeitsplatz können alsbald höhere Kosten steuerlich geltend gemacht werden. Die Pendlerpauschale steigt von 0,30 Cent auf 0,38 Cent pro Kilometer, der „Soli“ bleibt unverändert: 90 Prozent der Steuerzahler*innen zahlen ihn nicht mehr, für höhere und hohe Einkommen bleibt er erhalten (für 6,5 Prozent der Steuerpflichtigen nur teilweise). Das bedeutet zum Beispiel für Ledige: Sie zahlen den vollen Satz des Solidaritätszuschlags ab einem jährlichen Einkommen von 114.300 Euro. Für Verheiratete und Steuerpflichtige mit Kindern liegen die Grenzen höher.

HELLWACH SEIN UND NACHSTEUERN

Die Handschrift der Koalitionäre ist selbst bei diesem kurzen beispielhaften Blick gut erkennbar. Aber nicht alle Maßnahmen sind konsequent zu Ende gedacht oder formuliert – und an diesen Stellen greift die Kritik der Gewerkschaften und die IG BCE ist hellwach. So ist die steuerliche Freistellung der Überstundenzuschläge ebenfalls Teil des Koalitionsvertrags. Ein guter Punkt, der aber nicht einfach umsetzbar ist, wie der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis klar verdeutlicht, indem er darauf hinweist, dass dazu die Mehrarbeitszeit in den Betrieben erfasst werden müsse. Dies ist in den außertariflichen Unternehmen nicht der Fall. Dort fällt der Lohn bei über der Hälfte aller Überstunden generell unter den Tisch – bevor sie bezahlt und damit der Lohn überhaupt erst von der Steuer befreit werden kann. Nicht nur an dieser Stelle gilt es, bei den Zielen des Koalitionsvertrags nachzusteuern.

LOTHAR WIRTZ ■



© Stefan Koch

INTERVIEW MIT MICHAEL VASSILIADIS

„Die grundlegende Neuausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist vor allem das Ergebnis unserer guten und beständigen gewerkschaftlichen Arbeit.“

Ende Februar hast du die Wahl und ihre Ergebnisse in sieben Punkten klar eingeordnet – von der rekordartigen Wahlbeteiligung über die gestärkten Ränder und die klaren Verhältnisse im Parlament bis hin zu notwendigen Investitionen und Entlastungen, über deren Finanzierung neu nachgedacht werden muss. Inwieweit konnte sich die IGBCE dahingehend bei der neuen Koalition Gehör verschaffen?

Die grundlegende Neuausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist vor allem das Ergebnis unserer guten und beständigen gewerkschaftlichen Arbeit. Es war unser permanenter Druck in den Koalitionsverhandlungen und in den Wochen und Monaten davor. Mit gewerkschaftlichen Aktionstagen, mit bundesweiten Großdemonstrationen und in etlichen Gesprächen haben wir uns das notwendige Gehör verschafft. Es ist uns gelungen, die aus dem Fokus geratenen Themen der Industrie wieder im Zentrum der Politik zu platzieren. Der Koalitionsvertrag trägt daher an vielen Stellen unsere klare gewerkschaftliche Handschrift – und natürlich bringen wir uns jetzt auch aktiv bei der Umsetzung ein. Gleichzeitig stecken in dem Papier aber auch Unklarheiten und Zumutungen – etwa in teils unanständigen Debatten um Arbeitszeit, Migration und Sozialstaat. Auch hier werden wir uns natürlich weiterhin wie gewohnt einbringen.

Über die Parteigrenzen hinweg wird betont, dass man endlich ins Handeln kommen muss. Wie wichtig sind Punkte wie Schnelligkeit und Pragmatismus im Vergleich zu Gründlichkeit und Sicherheit für die Industrie und die Arbeitnehmer*innen?

*Ich würde Schnelligkeit, Gründlichkeit und Sicherheit überhaupt nicht als unvereinbare Gegensätze begreifen. Im besten Fall bedingen sie einander. Wer schnell und überstürzt handelt, ohne gründlich zu sein, riskiert Fehler, die später Zeit und Geld kosten. Gleichzeitig können wir es uns aber schlicht nicht mehr leisten, bei Infrastrukturprojekten, bei Genehmigungsverfahren, bei Risikoanalysen oder bei Investitionsvorhaben in schier endlosen Prüfungen und Debatten zu versinken. Bevor wir loslegen, wollen wir in Deutschland immer erst die siebte Stelle nach dem Komma definieren. Damit muss Schluss sein: Gut gemachte Politik – von der kommunalen bis zur Bundesebene – muss Dinge vor allem wieder möglich machen und nicht immer erklären, was alles nicht geht. Natürlich steht für uns als Gewerkschaft der Schutz der Arbeitnehmer*innen dabei an erster Stelle. Aber wir sehen genauso, dass Prozesse effizienter und zukunftsorientierter gestaltet werden müssen. Es geht darum, Dinge klug zu verzahnen und eine gesunde Balance zu finden zwischen Gründlichkeit und Schnelligkeit.*

Der Koalitionsvertrag vereinbart viele gute Maßnahmen: Energie vergünstigen, Bürokratie verschlanken, Industrie fördern, Digitalisierung vorantreiben und anderes mehr. Für die Umsetzbarkeit hält sich die Koalition aber mit dem „Vorbehalt der Finanzierbarkeit“ in allen Punkten ein Hintertürchen offen. Wo siehst du Chancen und wo Risiken und welche Rolle wird die IGBCE dabei einnehmen?

Diese Art von Spielchen kann sich die Politik schenken. Ich erwarte, dass die Dinge, über die wir in den letzten Wochen lang und breit gesprochen haben, jetzt auch umgehend umgesetzt werden. Dafür zählen für mich unter anderem die angekündigten Investitionen in unsere Infrastruktur und die Verteidigungsfähigkeit, aber auch steuerliche Erleichterungen für Unternehmen und Beschäftigte, die Senkung der Energiekosten, die Sicherung des Rentenniveaus oder Investitionen in den Wohnungsbau. Deutschland hat sich jahrelang kaputtgespart. Dieses Land braucht daher einen umfassenden Investitionsschub. Natürlich müssen die unterschiedlichen Herausforderungen sinnhaft priorisiert werden. Aber was wir als IGBCE unter keinen Umständen akzeptieren, ist, wenn einzelne Sektoren und Bereiche gegeneinander ausgespielt werden sollen: Soziales gegen Migration, Wirtschaft gegen Rente, Bildung gegen Sicherheit. Wir brauchen parallele Investitionen in all diesen Punkten – dafür werden wir uns einsetzen.

Wie uneinig man sich in der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen ist, zeigte bereits vor der Zustimmung zum Koalitionsvertrag die Vereinbarung zum Mindestlohn. Die SPD pocht auf die 15 Euro pro Stunde in diesem Jahr, CDU/CSU kann sich das auch erst für 2026 oder 2027 oder gar nicht vorstellen. Wie siehst du das?

Es gibt zur Bestimmung der Höhe des Mindestlohns ein Verfahren. Die Sozialpartner stellen die dafür zuständige Mindestlohnkommission. Ich gehe davon aus, dass die Mitglieder sich schnell auf eine Höhe von 15 Euro verständigen werden. Schließlich fließt die allgemeine Brutto-lohntwicklung in die Berechnung ein. Das Problem ist aber ein anderes. Unzureichende tarifliche Durchdringung führt nicht nur zu krassen Ungerechtigkeiten in der Arbeitswelt, die mit einem höheren Mindestlohn von 15 Euro unverzichtbar, aber bestenfalls notdürftig korrigiert werden. Das Ergebnis von Tariffucht sind darüber hinaus Folgeprobleme in der unzureichenden Finanzierung des Sozialstaats einerseits und in der unzureichenden sozialen Sicherung andererseits, beispielsweise im Alter. Diese müssen dann wieder notdürftig durch Steuerzuschüsse für Grundsicherung und Wohngeld korrigiert werden. Staatliche Initiativen zur Förderung von Tarifverträgen, etwa der Tarifvorbehalt in der öffentlichen Auftragsvergabe, sind daher eine zwingende Bedingung für die Zukunftsfähigkeit eines leistungsstarken und gerechten Sozialstaats.

Die AfD war laut einigen Umfragen zwischenzeitlich die stärkste Partei Deutschlands. Auch bei vielen Arbeitnehmer*innen steht sie hoch im Kurs. Und das, obwohl die AfD arbeitnehmerfeindliche Politik betreibt, sowohl auf EU- als auch auf Bundesebene. Warum wählen Arbeitnehmer*innen eine Partei, die ihnen das Leben erschweren würde?

Die AfD gibt sich gerne als Kümmerer, als Partei des kleinen Mannes. Das ist totaler Quatsch. Selbst wenn ich für einen kurzen Augenblick den rechtsradikalen Grundtenor der Partei ausblende, bleibt dahinter nichts für Arbeitnehmer*innen. Diese Partei ist zutiefst marktradikal. Von ihren Steuerkonzepten profitieren ausschließlich Reiche und Superreiche, während ihre „Sozialpolitik“ die Armen



ärmer machen würde. Die AfD ist gegen den Mindestlohn und gegen eine Stärkung der Tarifbindung und will Arbeitnehmerrechte schleifen. Sie will, dass Deutschland aus der Europäischen Union austritt. Das muss man sich mal überlegen: Als Exportnation sollen wir uns von unseren wichtigsten Handelspartnern verabschieden. Was das für unseren Wohlstand und Hunderttausende Arbeitsplätze in der Industrie bedeuten würde, brauche ich nicht weiter auszuführen: Es wäre der wirtschaftliche Totalschaden!

Und jetzt blicke ich wieder auf die AfD als Ganzes: Denn die Partei ist ja nicht nur marktradikal, sie ist offen rechtsextrem. Das hat die Einstufung des Verfassungsschutzes bestätigt. Ist deshalb nun automatisch jeder Wähler ein Neonazi? Natürlich nicht! Aber wer der AfD seine Stimme gibt, wählt rechtsextrem. Dafür habe ich kein Verständnis und das ist auch nicht zu entschuldigen. Gleichzeitig werbe ich aber dafür, die an vielen Stellen berechtigten Sorgen und Nöte der Menschen ernst zu nehmen. Als IGBCE werden wir daher verstärkt den Dialog mit unserer kritischen Mitgliedschaft suchen. Wir wollen intensiv für unsere Werte werben und deutlich machen, dass die Scheinlösungen der AfD nichts weiter sind als braune Luftschlösser.

Was sagst du denjenigen, die im Hinblick auf die übernächste Bundestagswahl im Jahr 2033 sagen, dass sich Geschichte wiederholen könnte?

Es liegt an uns, dafür zu sorgen, dass sich derartige Befürchtungen nicht bewahrheiten. Aber anders als zu Zeiten der Weimarer Republik sind wir heute eine wehrhaftere Demokratie, die von einer starken Verfassung und den dazugehörigen Organen getragen wird. Aber darauf dürfen wir uns nicht ausruhen. Eine starke Demokratie trägt sich niemals nur allein auf dem Papier. Sie braucht den Einsatz und das Engagement einer aktiven Zivilgesellschaft, von Gewerkschaften und von demokratischen Parteien. Und ja, im Zweifel braucht sie auch den Schutz der Gewerkschaften. Wir müssen bereit sein, leidenschaftlich für unsere Demokratie zu streiten und sie notfalls auch gegen ihre Feinde zu verteidigen.

Warum sollten Arbeitnehmer*innen Mitglied einer Gewerkschaft sein?

Ganz einfach: Weil es sich gleich mehrfach lohnt! Wer bei uns mitmacht, wird Teil einer solidarischen Gemeinschaft und kämpft mit uns für Fortschritt und Veränderung. Als Mitglied hat man mit uns nicht nur eine starke Stimme im Betrieb, sondern profitiert auch ganz persönlich – etwa durch unsere umfassenden Bildungsangebote. Als Gewerkschaft bieten wir eine politische Heimat und Orientierung. Es sind aber nicht nur ideelle Werte, die mit einer Mitgliedschaft verknüpft sind. In immer mehr Tarifverträgen setzen wir harte Vorteile für unsere Mitglieder durch – sei es ein zusätzlicher freier Tag oder Sonderzahlungen.

Was hast du in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten auf der To-do-Liste?

Natürlich haben wir den Kongress im Herbst vor der Brust – mit allem, was dazugehört. Dieser Prozess lädt uns als Organisation alle vier Jahre mit neuen Ideen auf und erfordert an vielen Stellen unsere volle Konzentration. Das gilt natürlich auch für mich. Aber das kennen und das können wir als IGBCE.

Gleichzeitig wirkt die krisenhafte Lage der Wirtschaft immer tiefer in unsere Branchen hinein. Ich bin daher aktuell sehr viel unterwegs. Im ganzen Land besuche ich Betriebe und tausche mich vor Ort intensiv mit Vertrauensleuten und Betriebsräten aus. Es ist für mich enorm wichtig, nah an unseren Leuten und ihren Problemen zu sein, damit ich ein valides Bild bekomme, was in den Unternehmen gerade wirklich passiert. Parallel dazu führe ich wie immer unzählige Gespräche mit der Politik und bin auch auf europäischer Ebene sehr aktiv. Über Lange weile kann ich mich im Moment also nicht beklagen ...

Vielen Dank, Michael, für deine Zeit und die wertvollen Einblicke.

Herausgeber

**Gesellschaft für Bildung, Wissen,
Seminar der IGBCE mbH**
Königsworther Platz 6
30167 Hannover

Verantwortlich

Birgit Biermann
Marc Welters

und

BWS Fachverlag GmbH

Königsworther Platz 6
30167 Hannover

Verantwortlich

Marc Welters

Redaktion

Kristin Kühn

Text

Lothar Wirtz

Lektorat

Susanne Creutz

Konzeption und Gestaltung

Syskom Werbeagentur GmbH

Der Inhalt der Zeitung ist nach bestem Wissen und Kenntnisstand erstellt worden.
Haftung und Gewähr für die Korrektheit, Aktualität, Vollständigkeit und Qualität
der Inhalte sind jedoch ausgeschlossen.

Redaktionsschluss: 10.06.2025



IGBCE BWS GmbH | Königsworther Platz 6 | 30167 Hannover
Telefon: 0511 7631-336 | Fax: 0511 7631-775 | E-Mail: bws@igbce.de | www.igbce-bws.de



Bleibe immer informiert und baue dein Netzwerk aus!

